



## KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 29. Januar 2018  
Kantonsratspräsidentin Vroni Thalmann-Bieri

### **B 104 Abrechnung über die Auslagerung der Rechenzentren für den Kanton Luzern; Entwurf Kantonsratsbeschluss über die Genehmigung / Finanzdepartement**

Für die Staatspolitische Kommission (SPK) spricht Kommissionspräsident Daniel Gasser.  
Daniel Gasser: Die SPK hat die Botschaft B 104 an ihrer Sitzung vom 10. Januar 2018 beraten. Die Kommission ist mit 12 zu 0 Stimmen auf die Vorlage eingetreten und hat ihr in der Schlussabstimmung mit 12 zu 0 Stimmen zugestimmt. Die Auslagerung der Rechenzentren wurde am 25. Januar 2016 per Dekret beschlossen. Der Sonderkredit von rund 8,65 Millionen Franken umfasste die einmaligen Investitionskosten für den Aufbau und die Inbetriebnahme der neuen Rechenzentren, für den Abbau der alten Zentren sowie die Inbetriebnahme und Überführung. Nun sind alle Arbeiten abgeschlossen. Die heute vorliegende Abrechnung unterschreitet den Sonderkredit um rund 73 000 Franken. Die SPK weist ausdrücklich auf die sehr gute Arbeit der Dienststelle Informatik hin. Deshalb hat die SPK mit 8 zu 4 Stimmen beschlossen, dieses Lob mittels einer Medienmitteilung kundzutun, dies nicht zuletzt aufgrund negativer Schlagzeilen früherer Jahre. Die SPK bittet Sie, der Vorlage zuzustimmen.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Marcel Schwerzmann.

Marcel Schwerzmann: Ich bedanke mich bei der SPK für die schnelle und zügige Beratung dieser Botschaft, vor allem aber bedanke ich mich für das Lob. Die Mitarbeitenden der Dienststelle Informatik haben dieses Lob sehr geschätzt. Das Projekt ist problemlos verlaufen. Die Dienststelle Informatik hat zwei Rechenzentren während des laufenden Betriebs ausgelagert, ohne dass es dabei zu einem Vorfall gekommen ist – eine hervorragende Leistung also. In der Regel werden solche Auslagerungen von externen Fachkräften vorgenommen.

In der Schlussabstimmung stimmt der Rat dem Kantonsratsbeschluss über die Genehmigung der Abrechnung über den Betrieb von zwei Rechenzentren für den Kanton Luzern, wie er aus der Beratung hervorgegangen ist, mit 105 zu 0 Stimmen zu.